

Die LINKE.LISTE Fraktion		Drucksachen-Nr. A/17/0965-01	Termin 02.09.2021			
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich		
Termin	Gremium			Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
02.09.2021	Sozialausschuss			K		

Beratungsgegenstand

DIE LINKE.LISTE

Antrag gem. §2 der Geschäftsordnung des Rates auf Sachstandbericht:

Terminstau in der Ausländerbehörde

Sozialpolitischer Sprecher Die LINKE.LISTE Fraktion  Lühr Koch 06.08.2021	
---	--

Die LINKE.LISTE Fraktion	Drucksache Nr. A/17/0965-01	Termin 02.09.2021	
---	---	---------------------------------	--

Begründung / Sachdarstellung

Zu Beginn der Sommerferien wurde in der Lokalpresse berichtet, dass eine Terminvergabe zur Gewährung oder Verlängerung eines Aufenthaltsstatus bei der Ausländerbehörde in Oberhausen bis zu 12 Wochen braucht.

Zur Bearbeitung von Anträgen wären zwar bereits fünf zusätzliche Mitarbeiter*innen herangezogen worden, dennoch sei die Bearbeitung „chaotisch“, in Einzelfällen fehlerhaft und die Beantwortung von Mails laufe schleppend. Oftmals gäbe es auch keine Rückmeldung bei Terminanfragen.

Im Ergebnis habe das weitreichende unverschuldete Konsequenzen für die Betroffenen, weil sie z.B. ohne einen gültigen „elektronischen Aufenthaltstitel“ keine finanziellen Leistungen erhalten.

Dies beträfe auch die Erfassung im Ausländerzentralregister, ohne die keine Anmeldung bei der Stadt erfolgen kann. Oftmals folgten Briefe mit angedrohter Ordnungsgeldstrafe wegen verspäteter Um- oder Anmeldung, obwohl die Situation bekannt sei.

Wir bitten daher die Verwaltung um einen Sachstandsbericht:

1. Darstellung der aktuellen Situation:

- a. Anzahl der anstehenden Fälle der jeweiligen Sachgebiete und die jeweiligen durchschnittlichen Wartezeiten
- b. Anzahl der genehmigten Planstellen und deren aktuelle Besetzung
- c. Eine möglichst schematische Präsentation des Ablaufs von der Anfrage über die Terminvergabe bis zum Abschluss der wichtigsten Vorfälle

2. Vorgenommene bzw. zukünftig geplante Verbesserungen des derzeitigen Zustands:

- a. Einstellung zur Stellenbesetzung
- b. Erweiterung der Planstellen
- c. Planung einer softwaregesteuerten „Wiedervorlage“, durch die bei Ablauf eines Aufenthaltstitels eine direkte Terminvergabe mit entsprechender Benachrichtigung der Betroffenen erfolgt
- d. Einrichtung einer telefonischen Vorzugsleitung / Sondernummer zur Klärung dringender Fälle mit den Beratungsstellen (ZAQ/AWO, Caritas, DRK, Diakonie)
- e. Prüfung der rechtlichen Grundlage zur möglichen Anhebung des Duldungszeitraums auf 12 Monate

Wir bitten um eine schriftliche Zusammenfassung des Berichts.